

BUBENREUTH

Grüne vermissen „Anstand und Fairness“

BUBENREUTH. Der Erlass einer Geschäftsordnung für die neue Legislaturperiode stand im Mittelpunkt der jüngsten Gemeinderatsitzung. Von der CSU, den Freien Wählern und der SPD gab es keine Einwände gegen die vorgelegte Fassung, die Grünen aber hatten ein ganzes Paket von Änderungswünschen geschnürt. Die sind jedoch größtenteils mehrheitlich in irgendwie frostiger Atmosphäre – die Sitzung fand wegen der Corona-Pandemie wieder in der Turnhalle statt – abgelehnt worden.

„Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erhebt Anspruch, dass Lea Beifuß als erste Stellvertreterin des ersten und zweiten Bürgermeisters ernannt wird“, heißt es unter anderem in den vorgeschlagenen Änderungen zur Geschäftsordnung der Grünen. Daraufhin schlug Jürgen Zeilmann (CSU) seinen Fraktionskollegen Hans-Jürgen Leyh als den besseren Kandidaten vor, falls es zu einer Stellvertreterregelung kommen sollte, worauf Johannes Eger (CSU) den bei der Wahl des zweiten Bürgermeisters unterlegenen Wolfgang Meyer (FW) vorschlug.

Kampfabstimmung

In einer „Kampfabstimmung“ wurde Beifuß jedoch von der Mehrheit aus CSU, Freien Wählern und SPD rausgewählt, später dann Leyh als erster und Meyer als zweiter Stellvertreter gewählt. „Entsetzt über diese Machtdemonstration“ sei sie, meinte hernach Gabriele Dirsch (Grüne), und ihr Ehemann und Fraktionskollege Christian Dirsch schimpfte, „Anstand und Fairness“ seien im Gemeinderat verloren gegangen angesichts der Tatsache, „wie man mit den Grünen als zweitstärkste Fraktion im Gemeinderat umgeht“.

Dieser Frust hatte sich offenbar bereits zuvor aufgebaut, waren doch mehrheitlich Anträge abgelehnt worden, in denen es um das Verlangen auf Akteneinsicht ging, um die Reduzierung der Befugnisse des Bauausschusses, und darum, Bürgermeister Norbert Stumpf zu verpflichten, „fortlaufend eine öffentlich zugängliche Liste über die ihm bereits bekannten Angelegenheiten, an denen die Verwaltung arbeitet“, zu führen.

Auch der von Mara Kortmann mündlich vorgetragene Grünen-Wunsch, ein extra Statement in der Geschäftsordnung aufzunehmen, nach dem sich alle Ausschüsse dem Klimaschutz verpflichtet fühlen sollen, wurde abgelehnt. Dafür gebe es bereits den Ausschuss für Klima, Energie und Umweltfragen, argumentierte der Bürgermeister. **kds**